Beschlussvorschlag:

Unter der Voraussetzung, dass die Bestimmungen zur Förderung von plusKITAs und Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf in der endgültigen Fassung des neuen KiBiz nicht wesentlich vom derzeit vorliegenden Regierungsentwurf (§§ 44 und 45) abweichen, beschließt der Jugendhilfeausschuss, die Mittel nach folgendem Verfahren an die Kindertageseinrichtungen zu vergeben:

- I. Die gewährten Gesamtmittel des Landes werden in Kontingente zu Beträgen von je 30.000 € aufgeteilt. Mit einem Kontingent soll eine Einrichtung als plusKITA gefördert werden. Soweit hierfür ausreichend Landesmittel bewilligt werden, erfolgt die Verteilung der Kontingente unter der Prämisse, dass in jeder Gemeinde im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes mindestens eine Einrichtung als plusKITA gefördert werden kann. Sollten mehr oder weniger Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, ergibt sich die Verteilung der Kontingente auf die Gemeinden aus folgenden Faktoren (siehe **Anlage**)

1. zu 50 Prozent aus der Anzahl der Kinder in der Gemeinde, für die aufgrund der Einkommenssituation der Eltern kein Kostenbeitrag erhoben wird.
2. zu 25 Prozent aus der Anzahl der Kinder in der Gemeinde, in deren Familien vorrangig nicht deutsch gesprochen wird.
3. zu 25 Prozent aus den Werten des Sozialstrukturindex der Gemeinden (siehe hierzu **Anlage zu TOP** , S. 6, Grafik 6, sowie S. 7 Tabelle 2)

Sollten sich bei diesem Verfahren Rundungsreste ergeben, erhält eine Gemeinde unter Berücksichtigung der o.g. Faktoren ein weiteres Kontingent.

- II. Die Kindertagesstätten werden in ein gemeindeinternes Ranking gebracht. Die hierfür relevanten Faktoren ergeben sich

1. zu 75 Prozent aus der Anzahl der Kinder in der jeweiligen Einrichtung, für die aufgrund der Einkommenssituation der Eltern kein Kostenbeitrag erhoben wird.
2. zu 25 Prozent aus der Anzahl der Kinder in der jeweiligen Einrichtung, in deren Familien vorrangig nicht deutsch gesprochen wird.

Sofern sich dabei eine Ranggleichheit ergibt, ist die höchste Zahl der Kinder, in deren Familien nicht vorrangig deutsch gesprochen wird, entscheidend. Entsprechend des gemeindeinternen Rankings werden die auf die Gemeinden entfallenen Kontingente gemäß Ziffer I. an die jeweiligen Einrichtungen vergeben (siehe **Anlage**).

- III. Sofern die Gesamtfördermittel ausreichen, um zunächst mindestens eine Einrichtung in jeder Gemeinde als plusKITA zu fördern, wird für die eventuelle Weiterförderung bisheriger Sprachkitas ein Anteil der Gesamtfördersumme von maximal 60.000 € zur Verfügung gestellt. Die Weiterbewilligung der Sprachförderung steht unter dem Vorbehalt, dass ein entsprechender Antrag der Sprachkita gestellt ist, der aus fachlicher Sicht begründet ist. Die Förderung soll im Umfang von 10.000 € je Einrichtung erfolgen.

- IV. Soweit ungenutzte Mittel nicht ausreichen, um eine weitere plusKITA zu fördern (weniger als 30.000 €) sollen diese in Beträgen von 5.000 € auf die Kindertagesstätten verteilt werden mit den absolut höchsten Werten an Kindern, in deren Familien nicht vorrangig deutsch gesprochen wird.

Die Förderung wird auf eine Dauer von 5 Jahren begrenzt.

Die Verwaltung wird berechtigt, die nach diesen Kriterien ermittelten Einrichtungen zeitnah zu informieren. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass erst endgültig festgestellt werden kann, bis zu welchem Rang tatsächlich eine Mittelbewilligung erfolgen wird, wenn verlässliche Informationen des Landes vorliegen.

Die Verwaltung legt dem Jugendhilfeausschuss dann zur nächsten Sitzung die endgültige Liste der zu fördernden Einrichtungen zur abschließenden Beschlussfassung vor.